



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Finanzen und  
Beteiligungen -

## Tagesordnung II Punkt 25 der öffentlichen Sitzung am 20. Dezember 2023

Vorlagen-Nr. 23-V-23-0102

### Personalmehrbedarf beim Liegenschaftsamt

---

#### Beschluss Nr. 0595

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
  - 1.1. im Liegenschaftsamt, in den Abteilungen Liegenschaften, Projektentwicklung, Vergabe und Beschaffung ein zusätzlicher Personalbedarf von insgesamt 6,5 unbefristeten und 2 befristeten Planstellen besteht;
  - 1.2. durch die Einrichtung der Stabsstelle Aktive Bodenpolitik der Fokus auf den Flächenerwerb zur Bodenbevorratung stärker in den Vordergrund getreten ist und den Mehrbedarf an Personal in den Abteilungen Liegenschaften und Projektentwicklung begründet;
  - 1.3. das Amt 23 im Zuge der Grundsteuerreform aktuell Erinnerungsschreiben zur Abgabe der Grundsteuererklärung für ca.15.000 Grundstücke erhalten hat und zur Erfüllung dieser Aufgaben kurzfristig befristete Stellen benötigt werden;
  - 1.4. die gestiegene Komplexität des Vergaberechts in der Praxis durch die Rechtsprechung, durch Novellierungen von Gesetzen und die Einführung neuer Gesetze und Verordnungen (z. B. UVgO, Novellierung HVTG, Wettbewerbsregistergesetz, Statistikverordnung SaubFahrzeugBeschG, Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz) zu einem erhöhten Arbeitsaufwand in der Abteilung Vergabe führt;
  - 1.5. weiterhin mit einem Anstieg an Ausschreibungsverfahren auf Grund von Digitalisierungsstrategien und Fördermittelprojekten zu rechnen ist und sich die Rügebereitschaft der Bieter und Bieterinnen hinsichtlich vergaberechtlicher Entscheidungen erhöht hat und dies zu einer größeren Arbeitsbelastung in der Abteilung Vergabe führt;
  - 1.6. durch dynamische Preisentwicklungen und steigende Materialkosten sowie durch Unterbrechungen von globalen Lieferketten stadtweite Rahmenverträge nicht mehr für längere Zeiträume ausgeschrieben werden können und sich die Rahmenbedingungen der Abteilung Beschaffung dadurch stark verändert haben, da keine Preisbindungsmöglichkeiten seitens der Stadt als Auftragnehmerin bestehen und somit Mehrarbeit entsteht;

- 1.7. mit der Zusetzung von weiteren Stellen in der Abteilung Liegenschaften zusätzliche Aufgaben erledigt werden können, die zur Erzielung von Mehreinnahmen führen und diese ab 2025 zur teilweisen Deckung der Personal- und Sachkosten der benötigten Stellen herangezogen werden können;
- 1.8. in den Abteilungen Liegenschaften und Vergabe je eine Stelle mit einem Stellenumfang von 0,5 VZÄ vorhanden ist und diese auf jeweils 1 VZÄ erhöht werden soll.
2. Es wird beschlossen, dass
  - 2.1. bei Dezernat V/23 zum Stellenplan 2024/2025 in der Abteilung Liegenschaften zwei unbefristete Vollzeitplanstellen mit der Wertigkeit E 11 TVöD (Sachbearbeitung Grundstücksverkehr) geschaffen werden.
  - 2.2. durch die personellen Veränderungen Personal- und Sachkosten von 102.667 € im Jahr 2024 (09-12/2024) entstehen.
  - 2.3. im Rahmen der neuen „Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018ff.“ das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat V/23 ab 01.01.2024 um 2 VZÄ zu erhöhen ist;
  - 2.4. vor Ausschreibung der Stellen Dezernat V/23 die Stellenwerte durch Vorlage von Stellenbeschreibungen mit Dezernat II/15 abstimmt.

(antragsgemäß aktualisierter Beschlussvorschlag gem. Liste FinBet-Beratungen 15. - 17.11.2023)

## Tagesordnung II

Wiesbaden, .12.2023

Dr. Reinhard Völker  
Vorsitzender